

Wir stehen für ein soziales, demokratisches und inklusives Oldenburg!

Gemeinsame Stellungnahme der Oldenburger Einrichtungen **Wildwasser** Oldenburg e.V. (Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt), **IBIS** (Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e.V.), **BeKoS** (Beratungs- und Koordinationsstelle für Selbsthilfegruppen e.V.), **Hanna-Haus** (Johanniter Frauen- und Kinderschutzhäuser Oldenburg), Autonomes **Frauenhaus** Oldenburg, **BISS** (Beratungs- und Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt und Stalking), **AIDS Hilfe** Oldenburg e.V., **Trans* Recht** e.V., **WEISSER RING** (Außenstelle Oldenburg), **Konfliktschlichtung** Oldenburg e.V., **SELAM**-Lebenshilfe gGmbH, und **CSD** Oldenburg e.V. zur Kommunalwahl am 13. September 2026.

Wir arbeiten mit Menschen, die Unterstützung brauchen. Mit Kindern und Jugendlichen, mit Frauen und Mädchen, die Gewalt erleben, mit Menschen mit Beeinträchtigungen, mit queeren Menschen, mit Menschen, die nach Oldenburg eingewandert sind, mit Menschen mit chronischen und psychischen Erkrankungen, mit Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind, mit Familien in schwierigen Lebenssituationen, mit pädagogischen Fachkräften und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Unsere Arbeitsfelder sind unterschiedlich. Unser gemeinsamer Auftrag ist es, Menschenwürde zu schützen, Teilhabe zu ermöglichen und Menschen in schweren Zeiten nicht alleine zu lassen. Menschenrechte gelten für alle Menschen gleichermaßen und dürfen nicht davon abhängig gemacht werden, wer jemand ist. Deshalb beobachten wir mit Sorge, wie politische Positionen stärker werden, die gesellschaftliche Vielfalt infrage stellen, Menschen aufgrund ihrer Herkunft ausgrenzen, Geschlechterrollen zurückdrehen und soziale Probleme vor allem über Abgrenzung und Ausweisung beantworten wollen. Die kommende Wahl hat konkreten Einfluss auf unsere Arbeit und auf die Lebensbedingungen vieler Menschen in unserer Stadt.

Für soziale Einrichtungen wie unsere ist jede Stimme wichtig, denn politische Entscheidungen bestimmen mit, welche Angebote finanziert werden, wie viel Personal zur Verfügung steht und welche Schwerpunkte in der pädagogischen Arbeit gesetzt werden. Unsere Einrichtungen vermitteln demokratische Werte wie Respekt, Gleichberechtigung, Mitbestimmung und den Schutz der Menschenwürde. Diese Werte sind Grundlage der pädagogischen Arbeit und sollten im besten Fall Grundlage kommunalpolitischer Entscheidungen sein. Diese Wahl entscheidet daher auch darüber, wie lebenswert eine Stadt gestaltet wird. Für die künftige Stadtpolitik wünschen wir uns, dass soziale Angebote verlässlich gesichert und dort weiterentwickelt werden können, wo Menschen Unterstützung brauchen.

Unsere gemeinsame Haltung: Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht, auch über Staatsgrenzen hinweg. Ausgrenzung ist keine Lösung. Mädchen und Frauen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Inklusion ist kein Luxus. Rassismus ist keine Meinung. Teilhabe darf nicht an der Gesundheit oder finanziellen Möglichkeiten scheitern. Queere Menschen gehören selbstverständlich zu unserer Gesellschaft. Schulen brauchen Demokratiebildung. Gesellschaftliche Vielfalt ist eine Bereicherung.

Wir sind Fachkräfte, die jeden Tag versuchen, genau diese Teilhabe zu ermöglichen. Deswegen positionieren wir uns ganz bewusst vor den Wahlen am Sonntag für eine offene, demokratische, inklusive und solidarische Gesellschaft.

Wir sind für alle da. Unsere Arbeit ist unteilbar.